



# BAG GPV

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V.

BAG GPV e.V. · Oppelner Straße 130 · 53119 Bonn

Oppelner Straße 130  
53119 Bonn  
Telefon 0228 3907637  
Telefax 0228 3907639  
E-Mail: info@bag-gpv.de  
Internet: www.bag-gpv.de

30.03.2019

## Vorschläge der BAG GPV zu den Themen des Entwicklungsdialog 1

### 1. Krisenversorgung

Situation: In der Fachöffentlichkeit wie bei den Selbsthilfeorganisationen besteht eine breite Übereinstimmung darüber, dass ein breiter Bedarf an Krisenversorgung vorhanden ist. Die Angebote der Kassenärztlichen Notfallversorgung reichen nicht aus. So werden z.B. Notaufnahmen in Krankenhäuser oft genutzt, deren Inanspruchnahme vermieden werden könnte, wenn es eine gut ausgebaute, multidisziplinär zusammengesetzte, flexible Krisenversorgung gäbe.

Aus unserer Sicht sollten folgende Forderungen in der Diskussion Berücksichtigung finden:

- Die Beteiligung der GKV an regional vernetzter psychosozialer Krisenversorgung (24/7)
- Beteiligung von Peers in der Krisenarbeit
- Rolle der niedergelassenen Ärzte bei der Notfallversorgung muss klar umschrieben und definiert sein.

### 2. Medizinische Rehabilitation

Situation: Medizinische Rehabilitation für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen ist de facto nicht vorhanden. So schließen die Empfehlungsvereinbarungen der BAR ganze Diagnosegruppen (u.a. F 20) vollständig aus. Versicherte mit einem entsprechenden Bedarf werden auf RPK's verwiesen. Diese entsprechen jedoch nicht immer dem jeweiligen Bedarf, da z.B. nicht immer Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben erforderlich sind. Die RPK sind oft wohnortfern und zudem manchmal nur als stationäre Angebote vorhanden. Von einer flächendeckenden Versorgung kann nicht gesprochen werden.

#### Regionen

GPV Berlin-Reinickendorf  
GPV Bochum  
GPV Bodenseekreis  
SPV Kreis Borken  
GPV Duisburg

GPV Ennepe-Ruhr-Kreis  
GPV Landkreis Görlitz  
GPV Kreis Groß-Gerau  
GPV Kreis Herford  
GPV im Landkreis Heidenheim

GPV Ilm-Kreis  
GPV Main-Kinzig-Kreis  
GPV Mainz  
GPV Mayen-Koblenz / Koblenz  
GPV im Kreis Mettmann

GPV Mönchengladbach  
GPV Landkreis Ravensburg  
GPV Landkreis Reutlingen  
GPLV Landkreis Saalfeld-Rudolstadt  
GPV Solingen

GPV Kreis Steinfurt  
GPV Stuttgart  
GPV Kreis Viersen  
GPV Weimar / Weimarer Land

#### Geschäftsführender Vorstand:

Matthias Rosemann (Vorsitzender), Jessica Odenwald (stellv. Vorsitzende), Dr. Klaus Obert (stellv. Vorsitzender),  
Edwin Stille (Schriftführer), Dieter Schax (Finanzverwalter)  
Sparkasse KölnBonn; SWIFT-BIC COLSDE 33; IBAN DE 72 3705 0198 1929 6142 02  
8601 Amtsgericht Bonn

#### Bankverbindung: Vereinsregister:

Auch hier stellen wir drei Forderungen auf, die Eingang in die Diskussion finden sollten:

- a. Kein Ausschluss von Menschen mit schwierigen und oft chronifizierendem Krankheitsverlauf von Leistungen der medizinischen Rehabilitation
- b. Vorrang von ganztägig ambulanter medizinischer Rehabilitation gegenüber stationärer Reha
- c. Regionale, flexible und lebenswelt /arbeitswelt orientierte Angebote

### **3. Soziotherapie**

Situation: Trotz Nachbesserung der Richtlinien und der Einführung eines Schiedsverfahrens wird Soziotherapie nicht flächendeckend eingesetzt. In manchen Regionen ist sogar ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Ursache dafür sind vor allem hohe Anforderungen der GKV an Leistungserbringer bei zugleich geringer Vergütung. Außerdem ist nach wie vor der Zugang durch die Anforderungen an die Verordnungsberechtigten und die Vorgaben der Krankenhausvermeidung erschwert, gleichwohl ein beträchtlicher Bedarf an Soziotherapie besteht.

Unsere Forderungen lauten:

- a. Kontrahierungszwang für Krankenkassen
- b. Gesetzliche Vorgaben zur Einstellung von Rahmenverträgen auf Landesebene
- c. Krankenhausvermeidung als Voraussetzung für Soziotherapie sollte beseitigt werden.
- d. Vernetzung mit hausärztlicher Versorgung stärken

### **4. Ergotherapie**

Situation: Ergotherapie hat sich sowohl im stationären Rahmen als auch ambulant bewährt. Sie steht aber als ambulantes Heilmittel nicht überall zur Verfügung. Der Zwang, eine Praxis entsprechend den Vorgaben der Krankenkassen für ein breites Spektrum an Patienten einzurichten, stellt neben der geringen Vergütung ein Hindernis bei der Entwicklung von ergotherapeutischen Angeboten dar.

Forderungen:

- a. Als Heilmittel in institutionellen Rahmen einbinden (z.B. in Gemeindepsychiatrische Zentren)
- b. Aufsuchend und lebensweltorientiert
- c. Von generellem Praxisaufwand lösen

### **5. Ärztliche Versorgung**

Situation: Flexible, niederschwellige, ambulante ärztliche Versorgung ist nicht im ausreichenden Umfang vorhanden und wenn, dann oft nur auf die ärztliche Behandlung beschränkt. Es fehlen vernetzte Angebote, die auch nicht-ärztliche Leistungen umfassen.

Forderungen:

- a. Flexibel zugängliche Leistungen
- b. Einbindung in sozialpsychiatrische Leistungserbringer-Strukturen (analog SozPsychV Ki-Ju)
- c. Ausbau von Psychiatrischen Institutsambulanzen nach dem bayerischen Modell

- d. Gemeindepsychiatrische Zentren sollten als Träger von Medizinischen Versorgungszentren zugelassen werden.

## **6. Psychotherapeutische Versorgung**

Situation: Es gibt zwar eine große Anzahl an Psychotherapeuten. Jedoch erhalten schwer erkrankte Patienten nur in Einzelfällen Psychotherapie. Zwar hat der GBA die Richtlinien nachgebessert, aber die Versorgungsstrukturen reichen bei weitem nicht aus.

Psychotherapie bei an Psychosen erkrankten Menschen findet viel zu selten statt. Außerdem schließt die ausschließliche Praxisstruktur (Komm-Struktur) bestimmte Versicherte aus (z.B. Menschen mit schweren Zwangserkrankungen, die ihre Wohnung kaum oder gar nicht verlassen können).

Forderungen:

- a. Psychotherapie muss aus der einseitigen Komm-Struktur herausgelöst und vermehrt als ambulant aufsuchende Hilfe vorgehalten werden
- b. Einbindung in Krisenversorgung
- c. Zeitnahe Zugang gewährleistet werden.
- d. Zulassung von Gemeindepsychiatrischen Zentren als Erbringer von Psychotherapie (durch approbierte Psychotherapeuten), z. B. über Medizinische Versorgungszentren